

## Pressemitteilung vom 21.3.2015: „Demonstration am 18.3.2015 in Berlin“

Unter dem Motto "Versprochen ist Versprochen ... Keine Haushaltstricks auf Kosten der Teilhabe behinderter Menschen!" protestierten am 18.03.15 über 130 Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und aus verschiedenen Behindertenverbänden am Bundeskanzleramt in Berlin gegen den Bruch der Koalitionsvereinbarung und für die überfällige Reform der Eingliederungshilfe.

Unter den Demonstranten waren auch etwa 40 gehörlose und hörbehinderte Teilnehmer, die dem Aufruf des Deutschen Gehörlosen-Bundes gefolgt sind. Begleitet von zwei Gebärdensprachdolmetscherinnen zogen die Teilnehmer vom Hauptbahnhof vor das Bundeskanzleramt. Dort fand eine Sitzung des Bundeskabinetts statt, das über die Eckpunkte des Haushalts für 2016 und der finanzpolitischen Planungen bis 2019 beschließen sollte.

Im Koalitionsvertrag hat die Regierungskoalition von der CDU/CSU und der SPD vereinbart, die Entlastung der Kommunen in Höhe von fünf Milliarden Euro mit der Reform der Eingliederungshilfe und der Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes für behinderte Menschen zu verbinden. "Dieses Versprechen soll nun im Rahmen der Haushaltsplanung für die nächsten Jahre gebrochen werden. Das Geld soll aus dem Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) heraus genommen und für allgemeine Investitionen für die Kommunen verwendet werden.", ärgert sich Sigrid Arnade als Vertreterin der Verbände, die sich im Rahmen einer Kampagne für ein gutes Bundesteilhabegesetz stark machen.

Verschiedene prominente Teilnehmer aus der Behindertenpolitik äußerten auf der Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt ihren Unmut über das Vorhaben der Bundesregierung. Über Dr. Sigrid Arnade (ISL), Ottmar Miles-Paul (Kobinet), Verena Bentele (Behindertenbeauftragte der Bundesregierung), Dr. Ilja Seifert (ABiD) und zahlreichen anderen Rednern waren sich alle darüber einig, dass im Interesse der behinderten Menschen das Vorgehen der Bundesregierung nicht hingenommen werden kann.

Verena Bentele äußerte sich dahingehend, dass sie sich nicht verträsten lassen wolle. Die Anrechnung des Einkommens und Vermögens müsse endlich wegfallen und dafür werde sie kämpfen. Ilja Seifert, der derzeit als Sprecher des Behindertenrates fungiert, regierte noch schärfer auf das Vorgehen der Regierung und forderte deutliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen.

Ebenso teilte Helmut Vogel seine Enttäuschung über das Verhalten der Bundesregierung mit. „Ich bin wie alle anderen Teilnehmer sauer, dass die Bundesregierung bei diesem so wichtigen Thema einen Rückzieher macht und uns im Regen stehen lässt.“ Viele Gehörlose und Hörbehinderte setzen große Hoffnungen in das Projekt Bundesteilhabegesetz.

Der Versammlungsleiter Ottmar Miles-Paul ermutigte alle Teilnehmer dazu, sich zu vernetzen, weiter am Ball zu bleiben und das große gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Die ganz kurzfristige organisierte Demonstration machte Mut für weitere Aktivitäten. Jedoch kann eine Entwicklung des weiteren Prozesses nicht vorausgesagt werden.

Nun sind die Sozialministerien der Bundesländer und die Zivilgesellschaft gefordert, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit die Vereinbarung der Regierungskoalition wieder doch eingehalten wird bzw. so viel wie möglich noch von den versprochenen Inhalten in den im kommenden Sommer auszuarbeitenden Referentenentwurf des BMAS gelangt.